Blätter für Heimatkunde 71 (1997)

Aufstieg und Fall einer neoständischen Perspektive.

„Wirtschaftsverein" und „Ude-Verband" (1926-1933)

Von Reinhard Farkas

Grundlagen, Programmatik und Ausbreitung

Von seiner überwiegend kultur- und sozialpolitischen Tätigkeit im Verein *Österreichs Völkerwacht*[1] gelangte der Grazer Theologe Univ.-Prof. DDDDr. Johannes Ude (1874-1965)[2] durch die Beteiligung an der Bildung des *Wirtschaftsvereins für Österreich* zu einer Synthese von macht- und kulturpolitischer Bewegung.[3] Dieser *„Verein gegen Korruption, für Sparsamkeit und Gerechtigkeit"* wurde unter Verwendung des organisatorischen und Medienpotentials der noch kulturpolitisch tätigen *Völkerwacht* (1917-1926) begründet.[4] Udes Popularität belegt die Tatsache, daß er zwischen 1919 und 1925 insgesamt 730 öffentliche Vorträge und Predigten im In- und Ausland hielt und die Zahl seiner verbreiteten Broschüren Ende 1926 die stattliche Anzahl von 380.000 Stück erreichte.[5]

Ude übernahm die Funktion des Obmanns, die er bis zum September 1927 innehatte. Als Stellvertreter wurde Oberstleutnant Jaromir Diakow, als Schriftführer der pensionierte Hofrat Dr. Cyrill Radey gewählt; Dr. Alois Sernetz leitete die steirische Landesorganisation. Nach einem kurzen Intermezzo Diakows stand 1928 Odo Neustädter-Stürmer an der Spitze des Vereins.[6]

Der Verein bildete bis zu seinem 2. Delegiertentag am 28. November 1926 80 Ortsgruppen in allen Bundesländern. In der Steiermark sind bis zu diesem Zeitpunkt drei regionale Zentren festzustellen: der Raum Graz mit den bür-

---

[1] Einige Angaben zur Vereinsentwicklung finden sich bei Reinhard Farkas, Johannes Ude und die Amtskirche: Chronologie und Analyse eines Konflikts. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 47 (1997), 253-276, besonders 256 ff.

[2] Vgl. zur Biographie und Interpretation Farkas, Ude (wie Anm. 1); ders., Johannes Ude als christlicher Vorläufer der Friedensbewegung. In: Wiener Blätter für Friedensforschung (1997), 31-41; Peter Hodina, Zwischen Selbstreform und Weltreform. Zum 20. Todestag von Johannes Ude. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 22, 65 (1985), 3-8; Maximilian Liebmann, DDDDr. Johannes Ude (1874-1965) - Prophet oder Querulant? In: Die Karl-Franzens-Universität. Fünfjahr-Buch 3, hg. Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1982, 64-71; Friedrich Rinnhofer, Grazer Theologische Fakultät vom Studienjahr 1827/28 bis 1938/39. Das literarische Schaffen aller Lehrenden und die Entwicklung der einzelnen Disziplinen. 2 Bde. Graz 1991 (= Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz 82), Bd. 1, 285 ff.

[3] Zur Synthese von macht- und kulturpolitischen Bewegungen vgl. Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M. 1985, 116.

[4] Als Proponenten agierten neben Ude der Hausbesitzer Heinrich Geltner und der pensionierte Beamte Fritz Kahberg. Vgl. auch zu den folgenden Ausführungen: Wirtschaftsverein für Österreich. Vereinsakten. Steiermärkisches Landesarchiv Landesreg. 206 W 10/1926, NZ 206 Wi 1/1932.

[5] Vgl. [O.V.], Die Persönlichkeit Professor Udes. In: Österreichischer Bund [des weiteren: ÖB] 2, 1 (1927), 1 f.

[6] Zu Stellvertretern nach dem ständischen Prinzip wurden gewählt: GR Johann Koppacher (Angestellte), Agraringenieur Gutsverwalter Fritz Moser (Landwirtschaft), Baumeister Franz Robier (Handel und Gewerbe) und Lokomotivführer Franz Slanowitz (Arbeiterschaft). Vgl. ÖB 3, 26 (1928), 2.

gerlichen Bezirken von Graz (Geidorf, Jakomini) und Judendorf-Straßengel, die Obersteiermark (Leoben, St. Stefan ob Leoben, St. Gallen) und die Weststeiermark (Bärnbach, Eibiswald, Mooskirchen, Piber, Stallhofen, Wies). Diakow gibt für Ende 1926 die wohl zu hoch gegriffene Zahl von 40.000 Mitgliedern an.[7] Nach dem Scheitern eines ersten Zeitschriftenprojekts unter der Bezeichnung *Der Kampf* wurde mit Oktober 1926 als programmatisches und projektbezogenes Organ der *Österreichische Bund* begründet.

Das Programm des Vereins beruhte auf einer disparaten Symbiose von wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Interessen, wobei - sich vom traditionellen Parteienspektrum emanzipierende - gewerbliche und agrarische Protestpotentiale auffallen.[8] Als statutarischer Vereinszweck wurde die *„Förderung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Österreich auf Grundlage der gesicherten Ergebnisse der Volkswirtschaftslehre und der Ethik"* angegeben. Der *Wirtschaftsverein* schloß sich dabei antiparlamentarischen, patriotischen und autoritären Konzeptionen eines österreichischen Ständestaats auf der Basis eines christlichen Solidarismus an,[9] wobei man sich vom frühen Nationalsozialismus distanzierte.[10]

Der *Wirtschaftsverein* übernahm Udes Forderungen nach Überwindung des Privateigentums an Grund und Boden, Einführung staatlicher Wohnbauförderung und Mietzinssenkung, Einführung der Grundrenten- und Zuwachsrentensteuer und Umsetzung des Gartenstadt-Konzeptes. Ferner flossen währungspolitische Konzeptionen (bargeldloser Geldverkehr), agrarprotektionistische Ideen, Abstinenz- und Abolitionismusforderungen sowie Elemente des Tierschutzes und Pazifismus ein. Eine spezifische Tendenz bildeten religiös motivierte Forderungen (Konfessionsschule, Unauflöslichkeit der Ehe).[11]

Im Rahmen des Sparsamkeitsmotivs standen Forderungen nach einer Reduzierung der Volksvertretung, Verwaltungsvereinfachung und einer Verringerung der Beamtenzahl.[12] In diesem Bereich konnte die Agitation des Vereins hohe Akzeptanz erzielen; es ging um vermeintliche Politikerprivilegien, den Einfluß der Parteien auf das öffentliche Leben und die Ehrenamtlichkeit politischer Einrichtungen.[13] So plädierte Ude im Rahmen einer Grazer Veranstaltung der *Frontkämpfervereinigung* am 20. Mai 1926 vor 6.000 Zuhörern gegen eine generelle *„seuchenhaft auftretende Korruption"* und für politische *„Ehrenstellen"*, *„mit einem bescheidenen Entgelt für deren Inhaber, nicht aber reiche Pfründen zur ausgiebigen Selbstsanierung"*.[14]

[7] Vgl. Jaromir Diakow, Ude, der Stumme von Österreich. Der Wahlgang 1927. Wien 1931, 32.

[8] Vgl. zu diesem zeitgenössischen Trend Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, 303.

[9] Vgl. Johannes Ude, Bemerkungen zu meinem Entwurf für ein wirtschaftliches Programm. In: ÖB 1, 6 (1926), 2; 1, 7 (1926), 1 f.; 1, 8 (1926), 1; 1, 9 (1926), 1. Zur Popularität des Ständegedankens unter den Selbständigen vgl. Ernst Hanisch, Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage. In: Anna M. Drabek u.a. (Hg.), Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit. Wien 1989, 73-86, besonders 81 f.

[10] Vgl. [O.V.], Habsburgerkrone oder Hakenkreuz? In: ÖB 6, 22 (1931), 1.

[11] Vgl. Klemens Schneider, Das Programm des Wirtschaftsvereines für Österreich von Prof. Ude. In: ÖB 2, 29 (1927), 3-6.

[12] Vgl. Schneider, Programm (wie Anm. 11), 5.

[13] Vgl. etwa den Bericht über eine Versammlung des Wirtschaftsvereins vom 28. August 1926 in Stainz: Ernst Markus, Brief an das Ordinariat Graz-Seckau (14.9.1926). Diözesanarchiv der Diözese Graz-Seckau, Graz [des weiteren: DAG], Personalakt Ude.

[14] Johannes Ude, Prof. Ude bei den Frontkämpfern. Programmatische Erklärung des Wirtschaftsvereins für Österreich. Graz 1926 (= Zeitschrift für Volkssittlichkeit und Volksaufklärung 1, 5), 9 und 19.

Pressionen der Hierarchie

Schon am Vorabend der Konstituierung des *Wirtschaftsvereins* schlug das Fürstbischöfliche Ordinariat gegen dessen Führungsfigur los. Eine Handhabe war bald gefunden, hatte doch Ude anläßlich der parlamentarischen Erörterung der Kleinrentnerfrage die Politiker als *„Diebe und Räuber"* verhöhnt. Der Theologe wurde am 30. Dezember 1925 verhört[15] und angewiesen, *„aufreizende"* Reden zu unterlassen und die Ausgaben der *Völkerwacht* vor der Drucklegung der bischöflichen Zensurbehörde vorzulegen.[16] Udes Beschwerde an die römische Congregatio Consilii fruchtete nicht.[17]

Am 11. Juni 1926 verfügte der Seckauer Generalvikar Franz Oer, Ude habe seine Verbindungen zum *Wirtschaftsverein* einzustellen, *„jede die jetzige christliche Regierung angreifende - aufreizende Rede in Volksversammlungen von Stadt und Land zu unterlassen"* sowie die Kontakte zu *„kirchenfeindlichen Blättern und Parteien wegen des öffentlichen Ärgernisses"* aufzugeben.[18] Am 22. Juli forderte das Ordinariat Ude noch einmal auf, die Agitation für den *Wirtschaftsverein „mit Rücksicht auf die Gefahr der Schädigung und Spaltung der katholischen Partei einzustellen"*.[19]

Angesichts der Konstellationen des politischen Katholizismus mußten die Interventionen des *Wirtschaftsvereins* für Udes Handlungs- und Redefreiheit scheitern. Die Mittelständler beteuerten vergebens auf einer Audienz des Fürstbischofs vom 3. Oktober, *„treue, gläubige Katholiken zu bleiben"*.[20] Wenig glaubhaft schien es, daß eine antiparlamentarische und antimarxistische Einheitsfront ausgerechnet unter der Führung Johannes Udes gebildet werden sollte,[21] und daß der *Wirtschaftsverein* eine *„wahre Volksbewegung"* sei, *„die nichts mehr aufzuhalten imstande ist"*.[22] Kalmierungs- und Vermittlungsversuche auf Ebene des österreichischen Episkopats konnten aufgrund der konkurrierenden politischen Ansprüche nicht glücken.[23]

Die Wahlgänge des Frühjahrs 1927

Überlegungen, den *Wirtschaftsverein* als Partei zu verankern, traten bereits mit dessen Gründung auf, als die Bildung einer *Christlich-deutschen Volkspartei für Österreich* auf antiparlamentarischer, ständischer, gesamtdeut-

[15] Vgl. Johannes Ude, Brief an das Ordinariat Graz-Seckau (5.1.1926). DAG, Personalakt Ude.

[16] Vgl. Ordinariat Graz-Seckau, Brief an Johannes Ude (8.1.1926). DAG, Personalakt Ude; Beatrix Lenz, Beiträge zur Sexualität in der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1934. Diss. Graz 1992, 33.

[17] Vgl. Johannes Ude, Brief an Congregatio Consilii Rom (16.2.1926). DAG, Personalakt Ude.

[18] Zit. in Diakow, Ude (wie Anm. 7), 37. Vgl. ferner Johannes Ude, Kurze Darstellung des ‚Falles Ude'. Typoskript, Graz o.J. [Personalakt Ude, Universitätsbibliothek Graz].

[19] Ordinariat Graz-Seckau, Brief an den Wirtschaftsverein für Österreich (22.7.1926). DAG, Personalakt Ude.

[20] Vgl. ÖB 1, 2 (1926), 2.

[21] Vgl. Wirtschaftsverein für Österreich, Brief an das Ordinariat Graz-Seckau (18.12.1926). DAG, Personalakt Ude.

[22] Wirtschaftsverein für Österreich (Jaromir Diakow/ Dr. Alois Sernetz), Brief an das Ordinariat Graz-Seckau (4.1.1927). DAG, Personalakt Ude.

[23] So schrieb der Salzburger Fürstbischof Ignatius Rieder an das Grazer Ordinariat, es schiene ihm *„sehr wünschenswert, wenn es möglich wäre, Ude einigermaßen entgegenzukommen"*, *„die ihm auferlegten Verbote zurückzunehmen oder wesentlich zu mildern."* Dies könne aber lediglich unter der Bedingung erfolgen, daß der Wirtschaftsverein nicht in Konkurrenz zur Christlichsozialen Partei trete: Brief an Leopold Schuster (12.12.1926). DAG, Personalakt Ude.

scher und christlich-konfessioneller Basis überlegt wurde.[24] Wohl aufgrund des griffig-populären Begriffs bildete man eine Liste *Ude-Verband - Bund gegen Korruption*, die in sämtlichen Bundesländern außer dem Burgenland antrat. Sie grenzte sich scharf von der Sozialdemokratie als *„Predigerin des Klassenkampfes und Straßenterrors"* sowie der Einheitsliste Seipels ab, die man *„vom Geld und den Wünschen des Großkapitals"* bestimmt hielt.[25] Diese antikapitalistische und antimarxistische Ideologie wurde durch die Berufung auf den christlichen Dekalog und ein Tatchristentum ergänzt und legitimiert.[26]

Die Kandidaten kamen überwiegend aus dem Mittelstand, wenig aussichtsreich waren Angehörige der Unterschichten plaziert. Für den Wahlkreis Graz-Umgebung kandidierten für den Nationalrat neben Ude der ehemalige Linzer Bezirkshauptmann Odo Neustädter-Stürmer, der Bauunternehmer Hans Strohmeier, der Kleinrentner Karl Waltl und der Amtsgehilfe Albert Hauser. Für den Landtag kandidierten u.a. der Geschäftsmann Dr. Alois Sernetz, der pensionierte Oberst Artur van Aaken, die Immobilienbesitzerin Maria Peter-Reininghaus, der Justizrechnungsrat Johann Haus und der Bürgerschullehrer Anton Haas; mit Heinrich Stiasny konnte ein langjähriger Exponent nationaler Lebensreformkreise gewonnen werden.[27] Der politische Vorstoß blieb auf die charismatische und durch seine asketische Lebensweise der Korrumpierbarkeit unverdächtige Persönlichkeit Johannes Udes bezogen, der in sämtlichen Wahlkreisen außer in Wien als Listenführer aufschien.

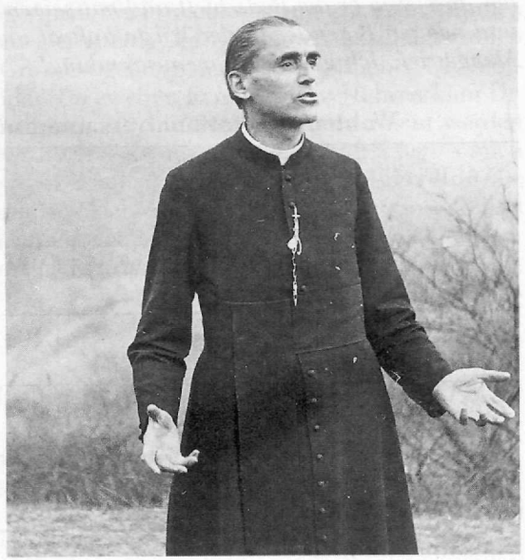
Im erregt geführten Wahlkampf agitierte die SDAP großflächig und lustlos gegen das *„Gesindel des Ude-Verbandes"*,[28] dessen Kritik an der Einheitsliste sie jedoch in der Hoffnung auf Spaltung des bürgerlichen Lagers zu instrumentalisieren trachtete. Die Einheitsliste warf der Ude-Partei vor, das Vertrauen in das politische System zu untergraben sowie zur Schwächung des nichtmarxistischen Lagers beizutragen. Der Priester selbst wurde unter Verweis auf seine sozialökonomische Programmatik als politisch verwirrt und seine Anhänger wurden als *„Idioten"* und *„Udeoten"* bezeichnet, wobei die Tonart der Christlichsozialen schärfer war als diejenige der Deutschnationalen.[29]

Am 19. April bezichtigte der christlichsoziale Spitzenkandidat, der Moraltheologe Prälat Ignaz Seipel, in einer Grazer Rede den *Ude-Verband* der sozialen Demagogie und des Obskurantismus, bezeichnete seine antiinflationären Konzepte als verfehlt sowie die politische Umsetzung fundamentalchristlicher Forderungen als illusionär und warf Ude nicht zu Unrecht vor, dieser habe *„sich auf der Kanzel zu krasser Ausdrücke bei Erörterung von Fragen der sexuellen Sittlichkeit und Unsittlichkeit bedient"*.[30]

Im nationalen Spektrum diagnostizierte man den illusionären Gehalt der Programmatik und die Weltfremdheit des Spitzenkandidaten. Besonderen

[24] Vgl. Wilhelm Kosch, Muß an die Seite des Wirtschaftsvereines die politische Partei treten? In: ÖB 1, 1 (1926), 1.
[25] Vgl. ÖB 2, 7 (1927), 1.
[26] Vgl. den Wahlaufruf des Ude-Verbands im Neuen Grazer Tagblatt Nr. 172 (6.4.1927), 3.
[27] Vgl. Neues Grazer Tagblatt Nr. 167 (3.4.1927), 4.
[28] Zit. u. komm. bei Dagmar Schantl, Wahlen und Wahlwerbung von 1919-1930 in Graz unter besonderer Berücksichtigung der Parteipresse. Dipl. Graz 1992, 159.
[29] Vgl. hiezu: j-, Landeshauptmann Dr. Gürtler gegen Universitätsprofessor Dr. Ude. In: Neues Grazer Tagblatt Nr. 182 (11.4.1927), 3, insbesondere die folgende Textstelle: „Wer da sagt, daß er sie [die Rentenproblematik, R.F.] lösen könne, ist ein Udeot; wer's glaubt, ist ein Idiot." Vgl. ferner Tagespost Nr. 96 (8.4.1927), 5 f. sowie die Teilwiedergabe und den Kommentar bei Diakow, Ude (wie Anm. 7), 53.
[30] Vgl. die Wiedergabe der Rede Seipels im Neuen Grazer Tagblatt Nr. 197 (20.4.1927), 2 f. sowie bei Diakow, Ude (wie Anm. 7), 81 ff., zit. 88. Ude berief sich in seiner Antwortrede erneut legitimatorisch auf ein „Christentum der Tat": vgl. Tagespost Nr. 110 (23.4.1927), 4.

Anstoß nahm man an der Vernachlässigung völkischer Attitüden und dem Vermeiden der Anschlußthematik, die in der Tat in den Reihen des Ude-Verbands umstritten war.[31] Diese Argumentation krönte das *Tagblatt* mit der Unterstellung legitimistischer Tendenzen: *„Die Zusammenballung einer politischen Macht in der Hand eines Mannes, der ausgesprochener Zita-Anhänger und für die Wiedereinsetzung der Habsburger ist, darf absolut nicht gefördert werden."*[32]



Johannes Ude (um 1930)
Quelle: Archiv der Eden-Stiftung (Berlin)

Die Schärfe der politischen Konfrontation und die gravierenden internen Widersprüche - etwa zwischen pazifistischen Attitüden und der autoritären, antiparlamentarisch-ständischen Orientierung, zwischen radikalen Abstinenzforderungen und den Konsumgewohnheiten bäuerlicher Mittelschichten - schwächten den *Ude-Verband* im Wahlkampf. Die Stimmung erfaßte das *Grazer Tagblatt*, welches Ude verschiedentlich Gelegenheit zur Artikulation seiner Standpunkte gab:[33] *„Indessen zittert tiefe Besorgnis um die Mandate durch die Reihen zufriedener Mandatsbesitzer, und es erhebt sich gegen Dr. Ude eine Zeitungspapieropposition, die der Ude-Bewegung in den Reihen der eigenen Anhänger ein Ende bereiten möchte."*[34] Selbst im Kernland Steiermark erfolgten unter dem öffentlichen Druck zahlreiche Parteiaustritte, und in einer Beratung der Kandidaten der steirischen Wahlkreise unterzeichnete nur eine Minderheit die durch Ude vorgelegten 10 Programmpunkte, wobei harsche Proteste gegen die lebensreformerischen und katholisch-konfessionell bestimmten Elemente laut wurden.[35]

[31] Vgl. Großdeutscher Landes-Festbesoldetenausschuß, Öffentliche Angestellte und Privatangestellte! Völkische Gewerkschafter! In: Neues Grazer Tagblatt Nr. 174 (7.4.1927), 6.
[32] Neues Grazer Tagblatt Nr. 185 (13.4.1927), 2. Der Antilegitimismus fand in der Wahlagitation der Einheitsliste signifikant hohe Verbreitung. Vgl. etwa Tagespost Nr. 101 (13.4.1927), 3.
[33] Vgl. etwa Johannes Ude, Offener Brief an den Herrn Altkanzler Prälaten Dr. Seipel, Wien. In: Neues Grazer Tagblatt Nr. 88 (18.2.1926), 8.
[34] Nach Schneider, Programm (wie Anm. 11), 6.
[35] Anstoß erregte neben der Abstinenzidee die Zurückweisung der Prostitution und der Verwendung von Präservativen. Vgl. Neues Grazer Tagblatt Nr. 183 (12.4.1927), 1; Nr. 187 (14.4.1927), 1 f.

Der auf die charismatische Persönlichkeit des - in seiner Redefreiheit bereits eingeengten - Spitzenkandidaten zugeschnittene Wahlkampf wurde seitens der Hierarchie mit Argusaugen überwacht. Empört berichtete der Prälat Msgr. Karl Gerstauer dem Ordinariat über die Agitation des *Ude-Verbands* in der Oststeiermark und meldete über einen Auftritt in der Bezirksstadt Hartberg, daß Ude *„sich abends von seinen Anhängern, die vielfach aus Großdeutschen und Landbündlern bestanden, wie im Triumph auf den Kernstockplatz geleiten [ließ], wo er die Rede hielt und mit seinen langen Haaren wie ein Apostel und wie ein Rufender in der Wüste auftrat und den Satz mit Emphase in die Menge rief: ‚Ich glaube an meine Sendung!'"*[36]

Wahlen zur Nationalversammlung vom 24. April 1927[37]

Wahlkreis	Gültige Stimmen	Ude-Verband	Anteil des Ude-Verbandes
Wahlkreis 20 (Graz-Umgebung)	137.280	11.984	8,73 %
Wahlkreis 21 (Mittel- und Untersteiermark)	94.865	4.104	4,32 %
Wahlkreis 22 (Oststeiermark)	104.187	4.690	4,5 %
Wahlkreis 23 (Obersteiermark)	166.626	1.981	1,19%
Gesamtstimmen Steiermark	**502.958**	**22.759**	**4,53 %**

Wahlen zum Landtag vom 24. April 1927[38]

Wahlkreis	Gültige Stimmen	Ude-Verband	Anteil des Ude-Verbandes
Wahlkreis 20 (Graz-Umgebung)	136.946	11.965	8,7 %
Wahlkreis 21 (Mittel- und Untersteiermark)	89.460	4.098	4,6%
Wahlkreis 22 (Oststeiermark)	103.319	5.070	4,9%
Wahlkreis 23 (Obersteiermark)	164.714	1.881	1,1%
Gesamtstimmen	**494.439**	**23.014**	**4,7 %**

[36] Prälat Msgr. Karl Gerstauer, Hartberg, Politische Tätigkeit des Prof. Dr. Ude in der Oststeiermark im Wahljahre 1927 (o.D.). DAG, Personalakt Ude.
[37] Zahlenangaben nach Schantl, Wahlen (wie Anm. 28), XXVI ff.
[38] Zahlenangaben nach ÖB 2, 17 (1927), 5.

Es blieb nicht aus, daß Ude zehn Tage vor den Wahlen - nach einem Schreiben von Fürstbischof Ferdinand Stanislaus Pawlikowski vom 11. April - seine Kandidatur zurücklegen mußte und daß eine nachträgliche Bitte um Genehmigung der Kandidatur fruchtlos blieb.[39] Dies trug zur Verunsicherung potentieller Wählerschichten bei und dürfte - neben der Polarisierung zwischen Sozialdemokratie und Bürgerblock - einen größeren Erfolg verhindert haben.

Bei den NR-Wahlen vom 24. April 1927 reichte es mit 35.428 Stimmen nicht zu einem Mandat. Bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen erreichte jedoch im Wahlkreis Graz-Umgebung der Firmenteilhaber Dr. Alois Sernetz aus Eggenberg ein Mandat. Im zweiten Ermittlungsverfahren kam Dr. Franz Oberegger (Graz) zum Zug, sodaß 2 von 56 Mandaten erreicht werden konnten.[40] Das steirische Ergebnis war jedenfalls achtbar und belegt - auch angesichts der im Wahlkreis Graz-Umgebung erzielten 8,73 % - die Entwicklungschancen der Partei. Dennoch war die Enttäuschung im Umfeld Udes groß und der Spott des *Tagblatts* drang tief: *„Wo sind die hunderttausende Stimmen Unzufriedener, die Herr Professor Ude sammeln zu müssen vorgab?"*[41]

Die ideologische Radikalisierung des *„Wirtschaftsvereins"*

Nach dessen Rücktritt und den erzwungenermaßen unverbindlichen publizistischen Stellungnahmen verblich die personale Autorität Udes im *Wirtschaftsverein*.[42] Lebensreformthemen blieben nur im Bereich von Wirtschaftsreform und Siedlungsthematik peripher relevant; die pazifistische Disposition franste aus: zwar fordert man die Beendigung des Wettrüstens und weltweite Zusammenarbeit auf ethischer und interreligiöser Basis, doch erschien *„eine restlose Abrüstung und ein ewiger Frieden mit Rücksicht auf die Pflege des Geistes der Wehrhaftigkeit nicht einmal wünschenswert."*[43]

Im Landtag zogen die beiden Mandatare primär antikorruptionistische bis antiparlamentarische Saiten auf. Sernetz setzte in der Eröffnungssitzung mit seiner Forderung nach Aufhebung des Listenwahlrechts, Entpolitisierung, Verwaltungsvereinfachung sowie *„Gerechtigkeit und Sparsamkeit in unserem Staats- und Volkshaushalt"* einen ersten Paukenschlag.[44] Die Klagen über Verschwendung und hohe Repräsentationskosten häuften sich, man setzte sie auf die Rechnung der parlamentarischen Demokratie.

Symptomatisch erscheint die radikale Kritik an der akribisch aufgelisteten Verpflegung einer Grazer Delegation anläßlich einer Besichtigung der Landeslungenheilanstalt Stolzalpe: *„Gesegnete Mahlzeit! Wir wollen nur wünschen, daß aus den zahlreichen Speisen die Hirnsuppe den Herren Gemeinderäten besonders gut angeschlagen hat. In die Kosten dieses Ausfluges teilen sich also Land Steiermark und Gemeinde Graz. Wir aber greifen uns an den Kopf ... dies zu einer Zeit, da 300.000 Menschen in Österreich, 7.000 in*

[39] Vgl. Diakow, Ude (wie Anm. 7), 59; Wirtschaftsverein für Österreich, Brief an das Ordinariat Graz-Seckau (14.4.1927). DAG, Personalakt Ude.
[40] Ersatzmandatare waren Artur van Aaken, Marie Peter-Reininghaus und Johann Haus.
[41] Neues Grazer Tagblatt Nr. 206 (25.4.1927), 1.
[42] Vgl. Odo Neustädter-Stürmer, Drei Jahre Wirtschaftsverein. In: ÖB 3, 25 (1928), 1-3.
[43] Schneider, Programm (wie Anm. 11), 6
[44] Vgl. ÖB 2 (1927), 4.

Graz von der Bettelsuppe der Arbeitslosenunterstützung leben müssen. [...] Volk von Graz, wohin wandern Deine Steuergroschen...? Nicht den einzelnen Teilnehmer wollen wir mit diesen Feststellungen treffen, sondern das System, das Volk und Staat dem Abgrund zuführt."[45]

Bereits die Juliereignisse des Jahres 1927 boten den Anlaß, sich in demonstrativer Abgrenzung zur angeblich klassenkämpferischen Sozialdemokratie den Positionen der Heimwehren mit ihrer antidemokratischen, antisozialistischen, antisemitischen und neoständischen Perspektive anzuschließen.[46] Die Annäherungsphase an die Heimwehren 1927-1930 korrespondierte mit deren erfolgreichsten Entwicklung und weitesten Ausdehnung.[47]

Man warnte vor einer drohenden *„rot-schwarzen Koalition"*, die auf der Pfründewirtschaft von Christlichsozialen und Sozialdemokraten beruhe[48] und kritisierte das Listenwahlrecht durch Paraphrasierung des seinerzeitigen antisemitischen Wahlspruchs Schönerers: *„Ob rot, ob schwarz, ist einerlei, im Wahlrecht liegt die Schweinerei."*[49] 1928 wurden beflissen Erklärungen der *Alpenländischen Heimatwehr* publiziert, wonach der Parlamentarismus *„kein Erzeugnis deutschen Gemeinschaftsgeistes, sondern englischen Händlergeistes"*, ein *„Unsinn oder Verrat am Wesen unseres Volkes"* sei; die Parteien wurden als *„Schleppenträger des Weltkapitalismus"* verhöhnt.[50] Im Folgejahr war man, auch inspiriert durch manche Intentionen der zentralistischen Verfassungsnovellierung dieses Jahres,[51] bei der Forderung nach genereller Beseitigung der Parteien und der Einführung eines autoritären Präsidialstaats angelangt, welchem durch eine Berufsständevertretung für wirtschaftliche und ein sogenanntes Kulturparlament für *„kulturelle Gesetzgebung"* assistiert werden sollte.[52]

Organisatorischer und politischer Niedergang

Deutliche Krisensymptome des Vereins bildeten interne Spannungen, das enttäuschende Abschneiden bei diversen Wahlgängen bis 1930 und der Rücktritt Udes von der Funktion des Obmanns im Herbst 1927, der sich in der Folge von den Heimwehren absetzte und aufgrund seiner sozialpolitischen Stellungnahmen von Fürstbischof Pawlikowski kommunistischer Tendenzen geziehen wurde.[53] Von den steirischen Ortsgruppen lösten sich Leibnitz, Ligist,

[45] [O.V.], Das Festessen auf der Stolzalpe. In: ÖB 5 (1930), 1.

[46] Vgl. den noch mit Vorbehalt abgedruckten Beitrag von [O.V.], Die Heimwehr als Faktor im politischen Leben Österreichs. In: ÖB 3, 7 (1928), 2 f. In der Folge wurden die Veranstaltungen der steirischen Heimwehr stets positiv kommentiert.

[47] Vgl. zu Ideologie und Organisationsgeschichte der Heimwehren Charles Earl Edmondson, Heimwehren und andere Wehrverbände. In: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 261-276, besonders 267; Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7).

[48] [O.V.], Noch einmal Peuerbach. In: ÖB 3, 15 (1928), 3.

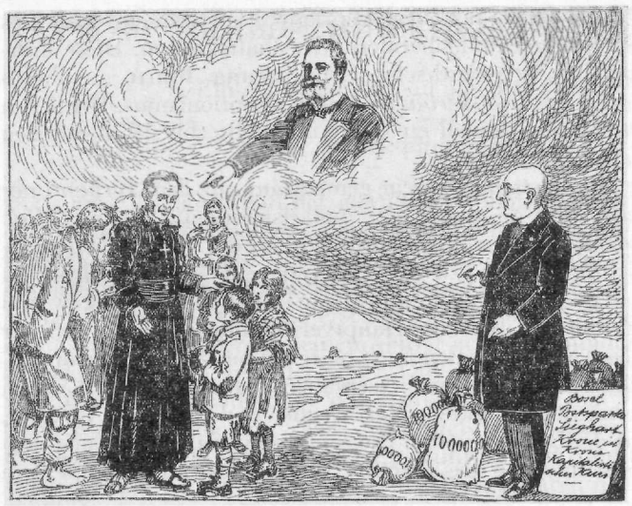
[49] ÖB 7, 3 (1932), 2.

[50] [O.V.], Das parlamentarische System. In: ÖB 3, 10 (1928), 1 f.

[51] Vgl. Wilhelm Brauneder / Friedrich Lachmayer, Österreichische Verfassungsgeschichte. Einführung in Entwicklung und Strukturen. Wien 1983, 3. Auflage, 213 f.; Gernot Hasiba, Die Zweite Bundes-Verfassungsnovelle von 1929. Ihr Werdegang und wesentliche verfassungspolitische Ereignisse seit 1918. Wien 1976.

[52] ÖB 4, 16 (1929), 1. Vgl. auch Odo Neustädter-Stürmer, Die berufsständische Gesetzgebung in Österreich. Wien 1936.

[53] So bewertet Pawlikowski in einem Schreiben an seinen Linzer Amtsbruder Gföllner 1930 seinen Untergebenen: *„Zwei Momente sind in den Gedankengängen Prof. Ude's in die Augen springend: daß er 1.) mit einer gewissen Leidenschaft Kirche und Priestertum der Pflichtvergessenheit*



Lueger zu Ude: „Dich habe ich zum Nachfolger meiner Volkspartei bestimmt, nicht den Vertrauensmann des Großkapitals"

Österreichischer Bund 6, 17 (1931), 2.

Piber und Hitzendorf 1927 auf, St. Georgen im Folgejahr und St. Anna am Aigen 1930.

Dieser - durch organisatorische Schwächen ebenso wie durch die hohe programmatisch-weltanschauliche Inkohärenz bedingten - Erosion suchte man durch Kooperation mit berufsständischen Organisationen zu begegnen. Der nachmalige Minister des Ständestaats Odo Neustädter-Stürmer sah auf dieser Basis insbesondere politisch-ideologische Parallelen mit dem Landbund,[54] der NSDAP sowie sämtlichen *„Stände- und Wirtschaftsparteien"*, etwa der *Mittelständischen Volkspartei* in Wien oder der *Salzburger Wirtschaftlichen Ständevereinigung*.[55]

Bei den steirischen Gemeindewahlen 1928 gelangen punktuelle Erfolge: So wurden in Jamm bei Fehring (Listengemeinschaft mit dem *Landbund*) 7 Mandate von 10, bei selbständigen Kandidaturen in Kapfenstein 3 Mandate von 10, in Kölldorf 4 Mandate von 8, in Fehring (im Rahmen einer *Unpolitischen Wirtschaftsvereinigung*) 9 Mandate von 12, in Fischa 3 Mandate von 8 und selbst in der obersteirischen Industriegemeinde Donawitz 2 Mandate erzielt.[56] 1929 konnte man bei den oberösterreichischen Gemeindewahlen meist nur in Listengemeinschaft mit dem *Landbund* aufscheinen; in Graz enttäuschte ein als Sammelliste begründeter *Wirtschaftsbund der Stände* mit 2.656 Stimmen (1 Mandat, GR Stefan Poszt), während sich die mittelständischen Proteststimmen überwiegend auf den *Nationalen Wirtschaftsblock* verlagerten (12.719 Stimmen, 7 Mandate).[57]

Bei den Nationalratswahlen vom 9. November 1930 unterstützte man die Liste *„Nationaler Wirtschaftsblock und LB (Schober-Block)"*, eine stark durch

zeiht und 2.) die konsequente Durchführung seiner Ideen zum Kommunismus führt." Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Maria Gföllner (30.1.1930), DAG, Personalakt Ude. Lenz, Beiträge (wie Anm. 16), 36 stellt dieses Zitat als angebliche Äußerung Gföllners in einen unzutreffenden Kontext.

[54] Zur Ideologie des Landbunds vgl. insbesondere Günther Burkert, Der Landbund für Österreich. In: Tálos u.a. (Hg.), Handbuch (wie Anm. 47), 207-217.

[55] Odo Neustädter-Stürmer, Unsere Stellung zu den Parteien. II. Teil. In: ÖB 2, 43 (1927), 1.

[56] Vgl. ÖB 3, 18 (1928), 1.

[57] Vgl. Odo Neustädter-Stürmer, Die Wahlen in Oberösterreich, Graz und Tirol. In: ÖB 4, 2 (1929), 1-3; Die Wahlen in der Landeshauptstadt Graz von 1919-1963, hg. Magistrat Graz, Graz 1964 (= Statistisches Jahrbuch Graz Sonderh. 17), 32.

die Persönlichkeit Dr. Johannes Schobers geprägte Listengemeinschaft des Landbunds mit großdeutschen und liberalen Wirtschaftskreisen. Diese antimarxistische und partiell neoständische Gruppierung führte in ihrem Wahlkampf einige Motive des *Ude-Verbands* (Antikorruptionismus, Kritik am parteipolitischen Partizipationsmodell etc.) fort und sollte bis 1933 mit den Christlichsozialen koalieren.[58]

1931 beabsichtigte der *Wirtschaftsverein* gemeinsam mit dem *Verband der Sparer und Kleinrentner*, Ude unter der polarisierenden Losung *„Ude Bundespräsident oder Bolschewismus in Österreich"* für die - schließlich abgesagten - Präsidentschaftswahlen zu kandidieren: ein letztes politisches Aufbäumen der maroden Gruppierung. Auf Antrag des Obmanns Diakow und im Einvernehmen mit Ude beschloß die Hauptversammlung vom 7. Februar 1932 die Stillegung des Vereins mit den noch bestehenden sechs Ortsgruppen. Nachwehen des gescheiterten Experiments ergaben sich durch den Versuch einer Wiener Gruppe um den Redakteur Karl Gruber und Gottfried Altmann, eine Neugründung auf der Basis des alten Programms zu betreiben. Nach dem Verzicht auf die Konstituierung des Vereins wurde dieser 1933 aus dem Kataster gelöscht.[59]

---

[58] Vgl. Burkert, Landbund (wie Anm. 54), 209 f.; Schantl, Wahlen (wie Anm. 28), 185 ff.

[59] Man bekannte sich auf korporatistischer Basis zu den Zielsetzungen der *„Förderung des gesamten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens"* auf ethischer und volkswirtschaftlicher Basis, dem Kampf gegen die Korruption und zu einem *„Geist der Sparsamkeit"*. Ein Nichtuntersagungsbescheid war bereits mit 27.7.1931 erfolgt. Vgl. Österreichischer Wirtschaftsverein - Udeverband, Vereinsakten. ÖStA AdR Wien 309 15/4, 173.241/1931.